

Er erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Abonnementspreis monatlich 50 J., 1/2 Jährl. 1.50 J. vierteljährlich 1.00 J. Durch die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“ (Literaturbeilage), durch die Post nicht bezogen, kostet monatlich 10 J., 1/2 Jährlich 30 J.

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Rammberg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißeckstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle a. S.

Nr. 205

Halle a. S., Freitag, den 2. September 1898.

9. Jahrg.

## Mehr Schutz dem Bergwerkskapital!

Aus dem Ruhrgebiet schreibt Genosse Otto Huze: Wer diesen Ruf nicht anspricht, ist einfach ein waterland-löser Geiste. Rein Entgegenstehen den Arbeiterwünschen! So liest man in der kapitalistischen deutschen Presse von der Berliner Arbeiterzeitung an bis zum Provinzialblättern von irgend einem Unternehmers Gnaden. Die Staatsleistung trägt den Akt ab, und sie ist, wenn sie nicht ganz im Sinne der Denkschrift der Ruhrgrubenbesitzer Sozialpolitik betreibt, so zernern die Staatsstößen.

Mit einer bewunderungswürdigen Dreifachheit ist die Unternehmerrpresse dabei, die Zustände in den deutschen Bergwerken so zu schildern, daß der ununterrichtete Zeitungsläser zu dem Schluß kommen muß: Es scheint doch, als wenn die Gefahren des Bergbaues und seine Mißstände hart übertrieben würden. Mit Bitternahrung und amtlichen Gutachten wird hier hantiert, als ob es keine Leute gäbe, die jene Theaterstücke als solche entziffern könnten. Und wie leicht ist dies!

Eben liefert uns die Knappschaftsberufsgenossenschaft in ihrem neuesten Bericht wieder die Mittel an die Hand, dem fälschlichen Treiben der kapitalistischen Schwelms mit amtlichem Material entgegenzutreten.

Die Berufsgenossenschaft teilt mit, daß 1897 von den 768 953 bei ihr versicherten Arbeitern und Arbeiterinnen 5671 entschädigungspflichtige Unfälle erlitten. Davon waren wieder 961 tödlich! Auf 1000 Versicherte entfielen 12,09 entschädigungspflichtige und 2,05 tödliche Unfälle.

Diese Statistik zeigt uns erstmalig seit ihrer Föhrung (1888) ein Sinken der Unfallzahl an! Darum jubeln die Heckenbläser — aber zu früh! Man muß die eigenartige Methode der deutschen bergmännischen Unfallstatistik nur kennen, um zu wissen, daß sie so gut wie wertlos ist für den Laien.

Schon mehrfach haben wir in der Presse darauf aufmerksam gemacht, wie irreföhrer die Statistik der Knappschaftsberufsgenossenschaft ist. In diese Röhung werden nämlich nicht nur die Verletzten, sondern auch Wundenarbeiter einbezogen. Aber das wäre noch nicht schlimm, wenn man nur die Unfälle tödliche in ober- und unterirdische, dies ist der wunde Punkt der Statistik.

Zur Zeit sind in Preußen — und wie hier auch in den anderen Bundesstaaten — 20 bis 30 Proz. der Arbeiter auf den Steintohlenarbeiten über Tage beschäftigt! Auf diese Arbeiterkategorie entfallen aber nur 7 bis 10 Proz. der Unfälle im Steintohlenbergbau überhaupt. Es kann also von einer statistischen Feststellung der wirklichen unterirdischen Betriebsgefahr — auf die kommt es an — gar nicht die Rede sein, wenn die Berufsgenossenschaft es konsequenter thut, die Unfälle summarisch auf die ganze Belegschaft verednet werden.

Im Braunkohlenbergbau sind sogar 56 Proz. der Arbeiter über Tage tätig (Galler Bezirk), im Salzbergbau 81 Proz. (Galler Bezirk), im Erzbergbau 25—50 Proz.; in den Weltalüthen sagt niemand unterirdisch an, und doch sind alle diese Beschäftigten zum wenigsten mit den eigentlichen Verletzten, deren Unfallziffer dadurch natürlich ungewöhnlich günstig beeinflusst wird, ohne allerdings die wahre Mortalität und die Mortalität der Knappen zu vermindern.

Unsere Unternehmerrpresse hat aber gewiß nichts gegen diese „Statistik“, da man auf Grund dieser amtlichen Ziffern so schön „nachweisen“ kann, daß die Bergmannsgelahr nicht steigt, wie die Sozialisten behaupten, sondern sinkt.

Und trotz der Versicherungseinnahme von der fälschlichen Föhrung der Arbeiterleiter ist stellenweise aus der berufsgenossenschaftlichen Statistik. 1886 erzielten 6,59 Bergglücke pro 1000 Versicherte Entschädigung, 1897 waren es 12,09! Tödtlich zerunglückten pro 1000: 1886 = 2,13, 1897 = 2,05. Hier ist Gesamtzahl der Versicherten bezogen. Im Laufe der letzten 10 Jahre ist aber die oberirdische Belegschaft durch Anlage von Separationen, Maschinen, Brückenfabriken, Schmelzereien u. s. w. bedeutend stärker gewachsen wie die Zahl der Untergrabenarbeiter. Infolge der irreföhreren Statistik scheint es also nur so, als ob der tödlichen Unfälle weniger würden. Ein Blick in die Berichte der sächsischen, bairischen und preussischen Berginspektoren lehrt uns sofort, daß von einem Fallen der Todesziffer keine Rede sein kann.

Will man die eigentliche Gefahr der bergmännischen Arbeit in Deutschland kennen lernen, dann darf man sich nur an den Steintohlenbergbau halten. Hier erkrankten 1897 pro Tausend nämlich 2,27 Arbeiter. Speziell im Königreich Sachsen ist die Ziffer 1,49, im Ruhrbezirk 2,54, in Ostpreußen 2,398, in Bayern 2,265. Überhaupt ent-schädigungspflichtig kamen pro Tausend 14,138 Steintohlenbergleute zu Schaden.

Diese Ziffern widerlegt man erst dann, wenn man weiß, daß 1897 in dem viel tieferen, also natürlich gefährlicheren

Steintohlenbergbau Englands pro Tausend 1,40 Todesfälle sich ereigneten. Allerdings, in England kontrollieren die Arbeiter selbst die Gruben, während bei uns dies den Bestand des Staates gefährdet!

Für den ehrlichen Volkswirt steigt es aber fest, daß die ständig zunehmende Dezinierung der bergarbeitenden Bevölkerung durch Unfälle kaum ein Vorteil für die Gesamtheit sein kann. Und dabei sind nicht die Massenverderber im Bergbau, auch nicht die zahlreichen Einzelunfälle durch Stein- und Kohlenfall am meisten verwerflich für die Knappschaft. Was am dringlichsten für eine radikale Aenderung des heutigen Systems spricht, das ist die erschreckend an sich wachsende Krankheitsziffer der Grubenarbeiter. Von Jahr zu Jahr steigt die durchschnittliche Krankenzahl, wie die Journale der Knappschaftsstellen ausweisen.

Einige Beispiele nur: Im Waldburger Revier erkrankten 1887 durchschnittlich pro Hundert 33,32 Knappschaftsmitglieder, 1892 waren es 50,00 und 1896 gar 57,06! Sind das nicht furchtbare Ziffern? Im Gölitz-Grünberger Revier stieg die Zahl der erkrankten Bergleute in derselben Zeit von 45,32 auf 69,00, im Reudener Revier von 18,65 auf 40,90 pro Hundert! Von hundert Ruhrbergleuten wurden 1889 fast 50,8, sieben Jahre später waren es 56,5. Im Mächener Bezirk erkrankten sogar von 100 Bergleuten 93 (1896)!

Ist es da nicht an der Zeit, die heutige Beaufsichtigung der Arbeiterbestimmungen im Bergbau scharfer zu gestalten? Das Volk geht zu Grunde, weil es wachlos ausgebetet wird, weil die Schutzvorschriften fast lediglich das Papierieren.

Und noch kommt hinzu die vollstverderbliche Gleichgültigkeit der Kapitalisten gegenüber solchen Krankheiten, die sich ausbreitend nicht nur die Knappen allein, sondern auch ihre Familien, ja die ganze Bevölkerung unglücklich machen können. Wir erinnern an die Wurmkrankheit (Anthrax).

Vor wenigen Jahren konnte man diese schleichende Krankheit noch nicht bei uns, heute hat man allein auf 38 Gruben des Ruhrbezirks den Wurm festgestellt. Da die Feststellung eine äußerst schwierige ist — nach zwei bis sechsmonatiger Untersuchung hat man doch oft noch nicht den Krankheits-erregter entdeckt, obwohl er vorhanden ist! — so kann man nicht einmal mit Sicherheit annehmen, daß die Ausbreitung des Wurmee ganz bekannt ist.

Was geschieht nun gegen diese? In der Zeitschrift für Bergbau, Salinen- und Hüttenkunde, dem Organ des preussischen Bergwerksministeriums, wird zwar erklärt, es seien Aufstellung von desinfizierenden Vorrichtungen und Einrichtung von Einzelbädern berapollentlich angeordnet. Aber zum Beispiel auf der Zeche Wulfau, deren Schacht am 20. August einstürzte, ist zwar die Wurmkrankheit bei einem Wanne der Belegschaft festgestellt, es fehlen aber die Vorrichtungen! Die Arbeiter erlebten sich ihrer Ergreiffen — der vorge-nommenen Anstalten, wie der Knappschaftsberichter der Ruhrbezirks erklärt! — in die Wassergrube (Kinnas für Grubenwasser). La den Stalndal noch größer zu machen, pumpt man dieses Wasser zu Tage, wärmt es und dann baden sich die Bergleute darin! Des erzählten uns die Arbeiter selbst.

Und nicht nur auf der Zeche Wulfau geschieht es so; die Bergbehörde weiß auch durch den Vorstand des Bergarbeiterverbandes, wie es mit den 3 Brantäten der Gruben aussteht. In diesem Frühjahr hat der genannte Vorstand die Bergbehörde direkt aufgefordert zur Revision der Berg-tauen — heute ist es noch so wie früher.

Darum noch mehr Schutz dem Bergwerkskapital! Wenn die bergbauernwärtigen Grubenbesitzer nicht besser gelehrt werden vor den Anmaßungen der Bergarbeiter, dann kann eines schönen Tages unsere beste der Weiten täglich zu Bruch gehen.

## Zwei Urteile.

Zwei für die Art der heutigen Rechtsprechung bemerkenswerte Urteile wurden dieser Tage von Magdeburger Gerichten gefällt. In dem ersten Falle stand vor der Strafkammer des Landgerichts der Reaktor der Magdeburger Volksstimme, Genosse Müller. Er hatte in Nr. 127 genannten Blattes in einem anderen Zeit-nen entnommenen Artikel absichtlich kritisiert, daß der Reaktor kein ich Schulz in Erlurt während einer Gefängnisstrafe in dem dortigen Gefängnis mit Erschießen beschäftigt worden sei. Der beir. Artikel soll eine Verleumdung des Staatsanwalts in Erlurt und res Oberstaatsanwalts in Rumburg enthalten. Die Anklage stütze sich vornehmlich darauf, daß Schulz während seiner Haft nicht gewaschen war, Kricken zu lesen; er hatte vielmehr die Wahl, ob er Rörke lesen, fälschliche Blumen aufstreifen oder Saugut lesen wollte und wählte freiwillig

das letztere. Der Staatsanwalt beantragte 4 Wochen Gefängnis und führte u. a. aus: Der Artikel in der Volksstimme sei in bekannter, sozialdemokratischer Manier verfaßt. Wesentliche Umstände seien verschwiegen worden, das Uebri-gbleibende erstelle wiederzugeben und so ein Gefährlich ge-schaffen worden. Die Sozialdemokratie verrette doch die Gleichberechtigung aller, wie könne sie dann verlangen, daß ein Sozialdemokrat im Gefängnis besser behandelt werde als ein anderer Gefängnisinsasse. Das Gericht verurteilte den Genossen Müller zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen und sprach in den Urteilsgründen aus: Man des § 186 zu verlegen, ist es nicht notwendig, unmaßrhaftig anzu-schließen. Der Haftbestand deselben könne auch erreicht werden durch Verschweigen von Thatsachen, wodurch eine Ver-zerrung und Entstellung der wirklichen Vorgänge erfolgt wurde. Zu beachten ist, daß der des gleichen Artikels halber angeklagte Reaktor der Erlurter Tribüne von dem dortigen Gericht freigesprochen wurde, da nach der Ansicht des Obergerichts der Staatsanwalt in Erlurt durch die Kritik gar nicht getroffen ist, diese beziehe sich nur auf den Oberstaatsanwalt in Rumburg, der aber keinen Strafanspruch gestellt habe. Der Magdeburger Reaktor wird verurteilt wegen Verleumdung des Oberstaatsanwalts und des Erlurter Staatsanwalts.

Man der zweite Fall. Der reiche Tuchhändler Wilhelm Häbner hatte einen kranken Kleinschneidermeister, der ihm Geld schuldet, bequod, und als er sein Geld erhalten konnte, mit einem diaken Spagierer über den Kopf geschlagen, daß Arbeitsunfähigkeit eintrat. In der betreffenden Verhandlung gab der Angeklagte Häbner an: Der Schneidermeister ist Sozialdemokrat, an dem genannten Tage ist augencheinlich wieder eine anarchistische oder eine ähnliche Vermummung in besten Wohnung gewesen, denn als er Häbner — laut gesprochen habe, kam aus dem Neben-zimmer eine Menge unheimlicher Menschen hervorgerast und hätten ihn drohend umringt, dazu habe ihn der Schneidermeister megalms angefaßt, die Substanz für gelochten und er dagegen gedrückt gewesen. Da habe er dann in seiner Angst mit dem Stock um sich geschlagen und vielleicht einen getroffen. Durch das schieße Zeugnis ganz unbestimmter Personen wurde in der Verhandlung festgestellt, daß aus der Schneidermeister, sein Gefelle, seine Frau und ein Kind zur unglücklichen Zeit in der Wohnung anwesend gewesen sind, daß sich nur der Meister allein in mit Häbner beschäftigt hat, die anderen Personen aber sich ganz passiv verhalten haben. Der Amtsanwalt wollte sowie das Spagiergericht nahmen an, daß zwar objektive keine Beweise vorgelegen hätte, daß aber der Angeklagte gelugnd haben möge, er sollte angegriffen werden, weshalb Freisprechung erfolgte (!).

## Tagesgeschichte.

Eine allgemeine Lehrerversammlung tagte, vollstlich überaus, am Freitag in Berlin. Lehrer Lenz sprach über das Thema: „Was erwarten wir von dem neuen Sprachgesetz für die Volksschule?“ Die von Referenten aufgestellten Forderungen wurden von der Versammlung ohne eigentliche Debatte einstimmig in nachstehender Fassung angenommen:

1. Auf dem Wege der Gesetzgebung: 1. Voreinung eines Gesetzes, das die Verordnung der Unterrichtsleiter der Volksschullehrer in derselben Weise regelt, wie die Verordnung der Gemeinderäten geregelt ist. 2. Aenderung des Paragraphen 11 dieses Gesetzes in der Weise, daß die Beiträge nach dem Durchschnittsgehalt (Grundbesitz, Altersanlagensbeitrag, Vermögensbeitrag) berechnet werden. 3. Gesetzliche Regelung der Schularbeitungs-pflicht nach den Umständen der Kommunalverwaltung. 4. Aufhebung der 3. Paragraphen des Gesetzes über die Lehrermehrheit in derselben Ausdehnung auf die Schulgemeinden übergeben. 5. Erlass eines Gesetzes, das die Aufnahme von Lehrern in die Schulverwaltung und Schulverhältnisse vorzuziehen. 6. Aufhebung aller Volksschullehrer betreffenden Ausnahmestellen, insbe-sondere Gewährung des positiven Wahlrechts zu den Gemeindevertretungen. 7. Einheitliche und zeitgemäße gesetzliche Regelung der Schulpflicht und der Schulverwaltungsfragen. 8. Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule für Knaben bis zum vollendeten 18. Jahr, für Mädchen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre.

II. Durch Einwirkung auf die königliche Staatsregierung (ohne gesetzgeberische Maßnahmen durchführbar): 1. Erhöhung der bei der Durchführung des Besoldungsgesetzes vielfach angenommenen unzulässigen Gehaltsätze. 2. Zeitgemäße Erhöhung der Gehaltsätze der Lehrkräfte. 3. Allgemeine Durch-föhrung der sachmännlichen Leitung und Bewirtschaftung der Volksschule unbeschadet der Beteiligung der Kirche an der



Freiwillige Partei zu arbeiten in der Lage ist, finden können, als die übige Verdrängung, daß wir im Sold des Judentums stehen. Der Verein Duitungsmatte wird wohl nur dazu führen, daß der Verein in Ebnen aufgenommenen Mitglieder sich wegen der „unlauteren Konkurrenz“, die man ihm machen will, wiederum groß von seinen Brüdern trennen wird.

**Eine wunderbare Einsicht** in die sozialen Verhältnisse muß die königliche Regierung der Oberpfalz und von Regensburg besitzen. Sie hat an künftige Diktator- und Disziplinierungsbedürfnisse ein Schreiben erlassen, in dem die Behörden beauftragt werden, „dem häufig zu beobachtenden Unfug, daß Kinder allein und unbeaufsichtigt in den Wohnungen zurückgelassen werden“, energisch entgegen zu wirken. Es erhebe dies insbesondere auch aus pädagogischen Rücksichten dringende Geboten. — Die Regierung hätte zu gleicher Zeit auch angeben sollen, in welcher Weise dem unbeaufsichtigten Zurücklassen von Kindern in den Wohnungen am besten „energisch entgegenzuwirken“ sei. Es sind nur Arbeiterkinder, die unaufsichtlich zu Hause bleiben müssen, weil einer glücklichen Weltordnung beide Eltern zwingt, dem Erwerb nachzugehen, und dabei verdienen beide nicht einmal so viel, daß sie in der Lage wären, für ihre Kinder eine Aufsichtsperson anzustellen und zu bezahlen. Wenn es dem Arbeiter ermöglicht wird, für seine Arbeit einen ausreichenden Lohn zu erhalten, mit dem er seine Familie ernähren kann, wird auch die Frau nicht mehr gezwungen sein, in die Fabrik zu gehen oder sonstige Beschäftigung zu suchen; sie wird sich dann der Pflege und Aufsicht ihrer Kinder widmen können. Aber das läßt der dreimal teilsige Profit nicht zu. Sobald die Arbeiter nur Miere machen, ihre Lage um ein klein wenig zu verbessern zu wollen, schimpft das Kapital und die mit ihm verbündeten Inhaber der Regierungsgewalt über ihre Begehrlichkeit. Die Verhängung der oberpfälzischen Regierung wird daher nur eine geringe Wirkung haben.

**Wegen Kaiserbeleidigung** wurde in Kiel am Dienstag Genoffe Regenfuß aus Hamborg zur zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung soll in einer geeigneten Veranlassung während der Wahlzeit gefallen sein. Die Verurteilung der Wahlbewegung wurde dem Angeklagten als strafmindernd angesehen, ebenso hatte das Gericht, wie es in der Urteilsbegründung heißt, die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte nicht absichtlich eine Beleidigung begehen wollte. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Es ist ein gar seltener Fall, daß ein Sozialdemokrat wegen Majestätsbeleidigung nur zwei Monate Gefängnis beantragt.

**Wegen Kaiserbeleidigung** wurde in Düsseldorf der Sanblanger Warten zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. **Wegen Kaiserbeleidigung** angeklagt, aber freigesprochen wurde in Jyptoe der Zementarbeiter F. Kahl. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Gericht gelangte nicht zur Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten.

### Anslaud.

**Drestick.** Der in Krakau verstorbenen Schuhmachermeister Genel hat sein 30 000 Gulden betragendes Vermögen den Führern der dortigen Sozialdemokratie vermacht.

**England.** Der jetzt in Bristol tagende Trade-Union-Kongress s'ie ohne Widerspruch eine Resolution, die verlangt, daß die englischen Trade Unions mit den Arbeitervereinen im Auslande ihre Verträge ausstanzen, um sich dadurch über die Lage der Arbeiter im Auslande zu informieren, sowie daß das parlamentarische Komitee angewiesen wird, internationale Kongresse verwandter Gewerbe anzubahnen und auch sonst eine internationale Konsolidierung der Arbeit herbeizuführen.

**Frankreich.** Einer der gütigsten Gegner des verbannten Dreyfus und seines Beschüßers Jola sowie des Obersten Picquart, der Oberstleutnant Henry hat einräumen müssen, der Schreiber des Briefes zu sein, der zur Verurteilung Dreyfus führte, weil man diesen für den Schreiber hielt. Henry hat gestanden und ist in Haft genommen worden, die Revision des Dreyfus-Prozesses ist von der Regierung nun nicht mehr zu verhindern, obwohl eine Depesche vom Mittwoch abend besagt, daß der Kriegsminister Canignac Ueberzeugung bezüglich der Schuld von Dreyfus durch die Entdeckung der Fälschung nicht im geringsten erschüttert sei. Die Verhaftung des fälschlichen Henry hat natürlich große Erregung hervorgerufen; in Regierungskreisen ist man aber die unerwartete Werbung befürcht. Mehrere Blätter verlangen die sofortige Freilassung des unglücklichen Dreyfus. Eine Preisermüdung zufolge hat der Ministerrat schon am Mittwoch die Revision des Dreyfus-Prozesses beschlossen. Die beiden Geßes des Generalstabes, Pelloux und Soule sollen ihre Kammern niederklegen.

**Spanien.** Was der Kriegsminister verschlingt. Der Krieg hat den Spaniern bis jetzt 2000 Millionen gekostet. Noch schlimmer aber ist der Verlust an Menschenleben. Die Armeen haben allerdings nur einen verhältnismäßig geringen Beitrag dazu geliefert; von den noch lebenden 200 000 Mann sind nur zwei Generale, 70 Offiziere und 1400 Mann gefallen, während ein General, 85 Offiziere und 750 Mann ihren Wunden später erlagen und 465 Offiziere und 8200 Mann wieder geheilt wurden. Um so entsetzlicher haben aber die Krankheitsgeplagte. Am selben Teller sind nach den amtlichen Angaben 350 Offiziere und 13 500 Mann gestorben; an anderen „Krankheiten“ (wahrscheinlich den Folgen schlechter Ernährung) 130 Offiziere und 40 000 Mann. Diese Statistik wird für mangelhaft gehalten und geglaubt, daß mindestens 100 000 Mann dahingerafft worden sind.

### Soziales.

**Subvention für einen Gewerkschaftskongress.** Der Berliner Gemeinderat hatte in seiner letzten Session den Gewerkschaften des Seinerdepartements eine Subvention von 5000 Frez. bewilligt zur Bestreitung ihrer Vertretungskosten auf dem bevorstehenden Gewerkschaftskongress zu Kienas. Auf Veranlassung des sozialistischen Vorstehers des Ge-

meinderates, Ranaare, der in Begleitung von zwei Delegierten des Verwaltungsausschusses der Arbeiterkammer im Ministerium des Innern empfangen wurde, hat Wiffon den jüngeren Brästen angedeutet, daß Botum des Gemeinderates zu bestätigen. — Das ist so ziemlich die erste Regierungshandlung, welche Wiffon vorläufig von Ranaare unterzeichnet. Unter Ranaare wurden ähnliche Beschlüsse des Gemeinderates systematisch annulliert.

**Schwarze Liste in Oberhessen.** Aus Katio wird uns geschrieben: Ranaare hat sich das hiesige Gericht mit den „schwarzen Listen“ der oberhessischen Unternehmer zu beschäftigen lassen, welche auch mit dem ganzen „Schwarze Listen-Vorband“, dem fast alle oberhessischen Werke angehören. Ein frühester Arbeiter der hiesigen Ranaare hatte dieses Wert beim Oberhessischen Ministerium verlagert, weil es ihn durch die schwarzen Listen schwer geschädigt habe. Die Güte teilte dem Arbeiter vor dem Termine auf dem Gemeinderat mit, daß er wieder Beschäftigung erhalten könne, aber dieser ließ sich darauf nicht ein. In der Verhandlung leugnete der Hütteninspektor, daß die Hüttenleitung darum bemüht sei, daß alle Werke jenen Arbeiter auf die schwarzen Listen setzen. Die Form dieser Erklärung besagt natürlich gar nichts. Am Ende wurde der Arbeiter mit einer Klage an Zivilgericht verwiesen. Wie wird nun das Gericht unternehmern gegenüber die bekannten Worte des Kaisers auslegen: Die schwarze Strafe dem, der einen anderen an der Arbeit hindert?

**Eine Million erwerbsfähiger Kinder** giebt es, wie der Stübiger Volkschullehrer Raab in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege mittteilt, zur Zeit in Deutschland. Bekanntlich hat die Breslauer Haupt-Versammlung der Deutschen Lehrer gegen die gewerbliche Ausbeutung der Schulkinder sehr energisch Stellung genommen.

**Ueber die Ausgaben der Arbeiter** für die verschiedenen Zwecke liegen folgende, allerdings kaum auf genügend umfassende Erhebungen sich stützenden Angaben vor. Von je 100 Mark des Einkommens verwendet ein Arbeiter in:

	Wohnung	Nahrung	Einbekommen	Alkohol	Tabak
Amerika	10 W.	42 W.	18 W.	3.7 W.	2 W.
England	11	40	18	3	2
Frankreich	7.7	49	22	4.7	1.8
Belgien	9.7	47	24	5.2	1.6
Deutschland	6.2	51	20	5.1	1.4

Dabei beläuft sich der Jahreslohn einer Arbeiterfamilie durchschnittlich in Amerika auf 3136 W., in England auf 1979 W., in Frankreich auf 1858 W., in Belgien auf 1436 W., in Deutschland auf 1129 W.

Für Lektüre verausgibt der Amerikaner durchschnittlich im Jahre 32.2 W., der Engländer 33.2 W., der Franzose 12 W., der Belgier 22.4 W., der Deutsche 9 W.

### Parteinachrichten.

Am 11. babdichen Wahlkreise Rannheim wird auf Verlangen der letzten Reichstages die Wahl der Delegierten zum Stützpunkt Parteitag durch Urabstimmung aller Parteiorde vorgenommen. Die Abstimmung erfolgt in Versammlungen. Die Konferenz hat sechs Kandidaten vorgeschlagen.

Die Volkstimme schreibt hierüber: Man wird zugeben müssen, daß dieser Wahlmodus von demotischen Standpunkte aus nicht nur einwandfrei ist, sondern auch, wenn richtig durchgeführt, geradezu ideal ist. Allein eben an dieser Voraussetzung, daß die Abstimmung unter allgemeiner Beteiligung erfolgt, hängt die Sache. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, so liegt Gefahr vor, daß gerade die Abstimmung ein Resultat erzielt, welches im Bereich des Gesamtwillens der Parteigenossen im Wahlkreise ist. Eine schwache und ungleichmäßige Wahlbeteiligung würde beispielsweise nicht gerade einladend sein, das Experiment — denn um ein solches handelt es sich — zu wiederholen. Soll also wirklich der Bereich der Wahl durch Urabstimmung dem Willen der Parteigenossen im Wahlkreise einer genaueren Ausdrück zu geben, so ist unbedingtes Erfordernis, daß die Wahlbeteiligung eine allgemeine und intensive werde.

Der Parteitag für das Herzogtum Sachsen-Altenburg beschloß in neunzehnter Abstimmung mit 24 gegen 13 Stimmen, den Wähler unter dem Titel „Aller-Partei-Vollversammlung“ vom 1. Oktober ab täglich um 10 Uhr von monatlich 70 Fr. herauszugeben, die Neue Welt aber um beliebigen Extra-Abonnement für 10 Fr. pro Monat zu empfehlen. Ueber die praktische Durchführung des Beschlusses konnten die Delegierten sich aber noch nicht einigen. Es wurde beschlossen, die redaktionellen Unterlagen unter Ausschluss der Vertrauensleute der einzelnen Orte zum Zwecke der Berichterstattung vor dem Genosse zu stellen und die Vertrauensleute über vierzehn Tage noch einmal zusammenzukommen. Als Redakteur wurde Siedler, der Redakteur der in Hof erscheinenden Oberpfälzischen Zeitung und als Correspondent Herr E. Altenburg gewählt. Die Parteigenossen in der Stadt Altenburg haben die Bestimmung zu wählen.

Der Kaiserbericht des Landes-Vertrauensmannes wies eine Jahresermüdung von 708215 Wfr. auf, wozu noch 146317 Wfr. vorläufiger Bestand kommen. Die Ausgaben betragen 292140 Wfr. Nach Abzug derselben blieb Ende Juni ein Bestand von 263392 Wfr. Auch im übrigen war der Stand der Partei befriedigend. Bei der Landtagswahl wurden unsere bisherigen vier Mandate behauptet und ein neues hinzugewonnen, und bei der Reichstagswahl blieb unter Stimmentausch daran, daß die baldige Erhebung des Reiches geschäft werden darf.

An Stelle des verstorbenen Parteigenossen Wogenis, der aus dem Wahlkreise verzicht, wurde zum Landes-Vertrauensmann Strigle und zu dessen Stellvertreter Bachwald gewählt. Als Delegierter zum Stuttgarter Parteitag wurde Genoffe Spengler gewählt.

### Polizeiliches und Gerichtliches.

Wegen angeblicher Beleidigung des sächsischen Landtags ist gegen den Redakteur S. d. P. in Burgk d. l. S. ein Prozeß anhängig. Die Beleidigung löst in dem Artikel enthalten sein, worin die bekannten Abänderungen des sächsischen Vereins- und Verordnungsrechts besprochen waren.

### Gewerkschaftliches.

**Waltung Modelistischer!** Der Streik der Modelistischer und Fabrikarbeiter in Leipzig dauert unverändert fort. Es ist Bezug nach dort streng fernzuhalten.

### lokales und Provinziales.

Salle a. C., 1. September 1898.

**An alle Maurer im Verbreitungsbezirk des Volkblattes!** Ich durch einen Genossenschaft der Magdeburger Maurermeister die Pflicht gebieterisch heranzutreten, an ihren Kollegen in Magdeburg teilnehmend zu handeln. Ueber 8000 Maurer sind jetzt Kitzmann am ampten-

ausgeperrt worden, weil sie trenn zu ihrer Organisation und zu den von derselben gefassten Beschlüssen gehalten haben. Das hochmütige Unternehmertum glaubt durch die Profite, die es dem Fleiße der Arbeiter verdankt, lange Kraft aufzuspeichern zu haben, die Arbeiter aber auf seine Kosten auszuheben und dadurch müde machen zu können. Die bürgerliche Presse findet kein Wort des Tadels gegen die Progenwillkür. Die Arbeiter sind begehrlich gegen die bürgerliche Presse, die hiesigen Maurer haben um so größere Ursache, strengste Solidarität zu üben, als bekanntlich auch die hiesigen Maurermeister bei Beginn des eben besendeten Streiks nach dem Muster ihrer Magdeburger Kollegen vorgehen kraftigsten. Gelangt es nicht, den Kitzmann in Magdeburg auf die Organisation zurückzuführen, so werden zugleich die Erzeugnisse der hiesigen Maurer gefasst. Es handelt sich somit um einen Kampf von weitgehender Bedeutung. Schritt für Schritt lüdt das Unternehmertum den Arbeitern die geringen Rechte zu rauben. Für die Progen steht auch nicht jedes Wort Geltung zu haben. — Strengste Solidarität, daß sich keine Mitarbeiter an freiwilliger Arbeit hindert. — Ungekräft dürfen die Unternehmern Tausende von Arbeitern ausheben und dem Hunger überantworten. Aber das Proletariat weiß, was es seinen kämpfenden Brüdern schuldig ist, und die Solidarität wird sich auch diesmal im glänzenden Lichte zeigen.

**Die Modelistischer** setzen auch an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß der Streik der Leipziger Fabrik- und Modelistischer unverändert fortandert. Es ist aus Leipzig beim hiesigen Holzarbeiterverband die Beschwerde eingegangen, daß hiesige Modelistischer während des Streiks in Leipzig Beschäftigung genommen und dadurch den Kampf der Ausständigen erschwert und den Sieg verzögert haben. Es wird ganz dringend um Beobachtung strengster Solidarität erlucht. — Wir kommen gern dem Wunsche nach Veröffentlichung der Beschwerde nach und erziehen alle organisierten Arbeiter, die hiesigen Modelistischer, die sich leider zum großen Teile der Organisation noch fernhalten, mit der Schläge bekannt zu machen.

**Keine Zeit mehr?** Der bisherige Vertreter von Halle und dem Saalkreise im preussischen Landtage, Herr Prof. Friedberg hier, ist am Sonntag von der in Homburg abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung der nationalliberalen Partei als Landtagskandidat für den dortigen Wahlkreis aufgestellt worden. Ist ihm die Wahlkraft in Halle zu herbstlich kühl geworden? Herr Prof. Friedberg ist ein vorstehiger Mann.

**Unnötige Sorge** haben sich jene bürgerlichen Blätter gemacht, die unlängst über die Nachricht erzählten, es solle für das Königreich und die Provinz Sachsen ein großes Zentrumsmagazin gegründet werden, dessen erste Nummer am 1. September erscheinen sollte. Der Herr, welcher die Blattgründung beschäftigt hatte, ist jetzt als ein Herr Ulrich aus Baugen entzweit worden. Er ist getaufter Jude, steht im Alter von 22 Jahren und schreie als stelenloser Schreier ein wenig beglücktes Leben. Er glaube durch Beteiligte die erforderlichen Geldmittel aufbringen zu können.

**Die neueste Nummer des Reichsanzeigers** giebt die Höhe der Staatszuschüsse an die Gemeinden infolge des neuen Lehrerbesoldungsgesetzes bekannt. Es erhalten demnach Halle 24 600 W., Wittenfels 6000 W., Zeitz 4000 W., Magdeburg 109 700 W., Cöthen zusammen 2980 W., Mühlhausen 6000 W. und Korbhausen 2000 W. Die Zuschüsse werden in vierjährigen Raten bezahlt und sind mit 1. April in Kraft getreten, so daß jetzt für ein halbes Jahr die bewilligten Staatszuschüsse zur Geltung kommen.

**Beim Gemüttragen fängt der Mensch erst an.** Wie unglücklich und verhängnisvoll ist in manchen Bürgerkreisen herrschende Anghamsweise ist. Letzte im Vorfall, der sich in vergangener Nacht im Café Hohenzollern auf der Geißstraße zutrug. Zwei Männer, von denen der eine an der Staatsbahn angestellt sein soll, betreten das Lokal, legen sich ruhig an einen Tisch, Eintrage und verlangen je ein Glas Bier. Die Bestellung wurde nicht ausgeführt; auch wiederholte Bestellungen blieben erfolglos, bis den Gästen eröffnet wurde, sie könnten nicht erhalten, da sie keine — Gemüttragen trügen. Sie erheben sich, und einer von ihnen rief dem Geschäftsführer zu, man werde noch einmal froh sein, wenn so anständliche Gäste das Lokal besuchten. Leider war er durch den Anwesenden der Zwischenfall erzwungen; sie wurden erst durch den Fortgang der beiden Gäste aufmerksamt, die durchs Lauter gefleht waren und von denen der eine noch dazu einen oben geschlossenen Zigaretten trug, so daß er gar keinen Gemüttragen anlegen konnte. Eine größere Anzahl von Parteigenossen, die sich zu einer Tasse Kaffee nach der Kaffeefest in genannten Lokale eingefunden hatten, erklärte sofort dem Geschäftsführer, wenn seiner Meinung nach der Mensch erst beim goldenen Binezen anfangen, müßten sie selbstverständlich für alle Zeiten darauf verzichten, das Lokal nochmals zu besuchen. Er wisse doch genau, daß ihm von seingeliebten Herren viel mehr Schwierigkeiten und Ungelegenheiten schon erwachsen seien als von kleinen Leuten, die ruhig ihr Glas Bier trinken und bezahlen. Dem Geschäftsführer war der Zwischenfall offenbar selbst peinlich, doch berief er sich auf die Instruktion, die ihm so zu handeln zwingt. Trostend verließen natürlich sämtliche Genossen sofort das Lokal. Das Wunderbarste an der Sache ist, daß der Besitzer des Lokals, von dem also wohl die jamose „Instruktion“ ergangen ist, Herr Grunberg, bis zur Errichtung des Lokals die Delonome betrieb hat und wie uns versichert wird, noch heutigen Tages Dauer ist. Ob er wohl immer ein Chemist getragen hat? Und ob er sich wohl als Mensch niedriger Ordnung gefühlt hat, wenn er seinen Gemüttragen trug? Es ist ja vor mehreren Jahren auch dem sehr wohlhabenden Feinwerkmeister R. hier, einem jovialen, biederen Herrn, passiert, daß ihm nichts verabreicht wurde, als er, mit der Schürze angehen, einen Freund in ein hiesiges Rastehaus — es war ein anderes — begleitete. Man sollte aber dann doch erwarten können, daß solche Kränklichkeiten in einer Großstadt unmöglich geschehen würden. Und Herr Grunberg wird auch ihm, seine „Instruktion“ einer Revision zu unterziehen; denn nicht immer sind die „feinen“ Leute auch wirklich feine

